



Tratschen? Kenn dein Limit!

Wir kennen es alle, Genoss*in X hat im Nachgang einer Aktion zum Beispiel eine Vorladung zu einem Prozess erhalten, wurde festgenommen o.ä. und wir haben das Bedürfnis, es direkt mit unseren Freund*innen zu teilen, eine*r möchte dabei noch „einen draufsetzen“ und es entstehen Spekulationen und Gerüchte. Allerdings geraten wir bei der Weitergabe sensibler Informationen in ein Spannungsfeld: Was sind wichtige Informationen für andere und was ist zu viel? Was sollte besser nicht und vor allem nicht in öffentlichen Räumen (Kneipe, Café, U-Bahn, etc.) geteilt werden?

Spätestens wenn Genoss*innen in den Knast eingefahren sind, fällt immer wieder auf, dass unsere szeneeinterne Informationsweitergabe mitunter verbesserungswürdig bis problematisch stattfindet. Dabei ist es uns wichtig, zu betonen, dass wir jetzt nicht in vollkommenes Stillschweigen versinken s/wollen. Die individuelle und kollektive Auseinandersetzung mit möglicher Repression erachten wir als notwendig, um aus möglichen Fehlern zu lernen, diese zu vermeiden und handlungsfähig zu bleiben. Auch wenn nur ein*e Einzelne*r in den Knast eingefahren ist, ist dies keine Privatangelegenheit, sondern trifft die gesamte politische Bewegung und ihre Praxis.

Die Grenze zum Tratschen wird aber überschritten, wenn Infos wahllos, unvorsichtig und am End(e) zum Zweck der Profilierung („Schau, was ich alles mache und weiß“) verbreitet werden. Gleichzeitig findet Tratschen gerade dann statt, wenn Informationen vorenthalten werden und Spekulationen so Raum gegeben wird. So wäre es unter anderem an Solikreisen, Politgruppen oder informierten Einzelpersonen, in knapper Form relevante Informationen herauszugeben, anhand derer ein Austausch stattfinden kann. Denn Solidarität funktioniert nur mit dem Bewusstsein über deren zwei Richtungen: gegenüber den von Repression Betroffenen und gegenüber unseren Genoss*innen, die ebenfalls von Repression betroffen sein könnten und auf solche Informationen ggf. angewiesen sind. Zudem sehen

wir keinen Mehrwert darin, Informationen, die Polizei und Staatsanwaltschaft ohnehin in deren Anklageschrift oder Akten geschrieben haben, Genoss*innen vorzuenthalten. Dies steht auch nicht im Widerspruch dazu, auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzugehen. Dass hierbei weder Namen noch Strukturen veröffentlicht werden sollten, dürfte hoffentlich klar sein.

Außerdem sollte sich jede*r die Fragen stellen: Wie viel muss ich wissen? Was könnte nicht auch eine Gefahr für mich und andere darstellen? Denn wenn sensible Informationen geteilt werden, sind dies häufig auch Informationen, an denen Cops und Staatsanwaltschaft interessiert sind, weshalb im schlimmsten Fall sogar eine Vorladung als Zeug*in drohen kann.

Deshalb: überlegt euch gut, was ihr wem und wo erzählt, was ihr wissen wollt und wo Neugierde im Zweifel lieber zurückzutreten hat, um einander zu schützen. Repression will uns einschüchtern. Dagegen hilft es, intern miteinander zu reden und zu diskutieren, über Bedürfnisse zu reden, diese Auseinandersetzung aber stets untereinander und nicht mit Cops und Staatsanwaltschaft zu führen.

Und die Moral von der Geschichte‘: Anna und Arthur reden miteinander, übereinander aber nicht.

August 2019
frankfurt.rote-hilfe.de
ffm@rote-hilfe.de

